

Zeitschrift:	Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber:	Emanzipation
Band:	11 (1985)
Heft:	7: Sondernummer : Frauenbewegung in der Schweiz : (k)ein Höhenflug?
 Artikel:	Frauenbewegung und politisches Umfeld : zurück in die warme Küche?
Autor:	Grossenbacher, Silvia
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-360350

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frauenbewegung und politisches Umfeld:

Zurück in die warme Küche?

Im Oktober 1976 veröffentlichte die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen ein Papier mit dem Titel "Die Folgen der Rezession für die Frau". Zusammenfassend stellte die Kommission fest:

"(Aus der Studie) ergibt sich, dass berufstätige Frauen von der Rezession direkt stärker betroffen werden als Männer, vor allem durch den Verlust von Teilzeitstellen und Heimarbeit. Im Auf und Ab der Wirtschaft scheinen Frauen tatsächlich eine Reservefunktion zu haben.

Die Rezession wirkt sich aber auch indirekt auf die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft aus, unabhängig von der Berufstätigkeit.

(...) Massnahmen der Arbeitgeber zugunsten der 'Zweitverdienerinnen' gefährden auch längerfristig den Anspruch der Frau auf Berufsausübung und halten die in den letzten Jahren festgestellte Durchmischung der traditionellen Rollen von Mann und Frau zumindest auf. (...) Diese mittelbaren Folgen der Rezession scheinen gegenwärtig grösser und sind langfristig gesessen bedeutsamer als die unmittelbaren; von den direkten wird nur ein Teil der Frauen betroffen, die indirekten treffen dagegen alle Frauen, auch die der nächsten Generation."

Diesen unheilvollen Voraussagen für uns und unsere Töchter soll im Folgenden ausführlicher nachgegangen werden.

Die von der Frauenkommission beschriebene Entwicklung hat ihre Ursachen in der Organisation der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Diese Arbeit ist aufgeteilt in zwei voneinander getrennte, aber aufeinander bezogene Arbeitsbereiche, den Bereich der öffentlich geregelten ausserhäuslichen

Erwerbsarbeit einerseits und den Bereich der privaten Familienarbeit andererseits. Die beiden Bereiche sind geschlechtsspezifisch zugeordnet. Die Familienarbeit ist zum überwiegenden Teil den Frauen, die Erwerbsarbeit zum grösseren Teil den Männern und zu einem kleineren Teil den Frauen zugewiesen.

Diese Arbeitsorganisation findet ihren Ausdruck im (noch, aber hoffentlich nicht mehr lange) geltenden Eherecht. Dort wird klar festgehalten, dass der Mann für den Unterhalt der Familie zu sorgen, also Erwerbsarbeit zu verrichten habe, der Frau dagegen die Pflichten des Haushalts und der Kindererziehung obliegen. Es sei denn, der Erwerb des Ehemannes reiche für den Unterhalt nicht aus, dann ist auch die Frau zur Erwerbsarbeit (und damit zur Doppelbelastung) verpflichtet.

Dieses Eherecht hat weitreichende Konsequenzen, beispielsweise für die soziale Sicherheit. Das System der sozialen Sicherheit basiert auf der Erwerbstätigkeit und wird durch Beiträge finanziert, die vom Lohn abgezweigt werden. Die Familienarbeit ist im Gegensatz zur Berufsarbeit nicht entlohnt und auch nicht sozial abgesichert. Das bedeutet, dass Frauen, die Familienarbeit leisten, auf die Unterstützung eines "Ernährers" angewiesen sind, nicht nur für das tägliche Brot, sondern auch in Bezug auf ihre soziale Sicherheit.

Weiter hat das besagte geltende Eherecht auch Konsequenzen für die Berufstätigkeit aller Frauen (auch der ledigen). Mit dem Hinweis auf ihre "eigentliche" Aufgabe werden Frauen immer wieder auf die unteren Sprossen der sozialen Leiter gesetzt, was die Ausbildungschancen, den Lohn und die Aufstiegsmöglichkeiten betrifft.



Silvia Grossenbacher, lic.phil.I (Sozialpädagogin). Silvia Grossenbacher (32) lebt in Schaffhausen und arbeitet derzeit an ihrer Dissertation zum Thema "Familienpolitik und Frauenfrage". Silvia Grossenbacher ist Mitglied von der OFRA und der POCHE und vertritt diese Partei in den Parlamenten von Kanton und Stadt Schaffhausen.

Die Reservefunktion der Frauen im Wirtschaftsleben besteht nun darin, dass in Phasen der Hochkonjunktur entsprechend dem Mehrbedarf an Arbeitskräften, mehr Frauen in den Erwerbsarbeitsbereich einbezogen werden. Das hat zur Folge, dass in diesen Phasen die Chancen zur gerechteren Verteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit unter den Geschlechtern grösser werden. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Anfänge der Ehe-rechtsrevision in eine Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs fielen. Das Neue Eherecht beinhaltet denn auch ein Leitbild, nach dem Mann und Frau partnerschaftlich sowohl für den Unterhalt und Verrichtung der Familienarbeit sorgen. Doch zurück zur Reservefunktion weiblicher Erwerbstätigkeit. In der Rezession werden Frauen, entsprechend dem Minderbedarf an Arbeitskräften, wieder aus dem Wirtschaftsleben verdrängt und auf ihren "eigentlichen" Arbeitsbereich in Haus und Familie zurückverwiesen. Die traditionelle Arbeitsorganisation und mithin die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung dienen als willkommenes Leitmotiv und Rechtfertigung neoliberalen und neokonservativen Krisenmanagements. Es kommt also auch nicht von ungefähr, dass das Neue Eherecht heute in der Krise auf Widerstand stösst. Doch nun zu den angetönten Strategien des Krisenmanagements.

Neoliberale Durchbrecherstrategien

"Mehr Freiheit — weniger Staat", das war die Kurzformel eines Rezeptes, das die politische Exponentin des Kapitals, die Freisinnige Partei, zur Krisenbekämpfung entwickelte. Gemeint

war damit mehr unternehmerische Freiheit (beispielsweise gegenüber dem "Sozialpartner") und weniger staatliche Eingriffe, Auflagen und Abgaben (beispielsweise Steuern und Sozialzulagen). Die Unternehmen sollten mehr Freiheit haben, um ohne Rücksicht auf Verluste gesundschrumpfen und Arbeitsplätze wegrealisieren zu können. Gleichzeitig sollte der Staat sie weniger zur Kasse bitten können. Die gleichen Leute forderten aber durchaus "mehr Staat", wenn es darum ging, mit staatlichen Impulsprogrammen, Straßenbau-, Atomkraftwerk- und Rüstungsaufträge der krisengeschüttelten Wirtschaft unter die Arme zu greifen.

Auf diese Weise hofften und hoffen die neoliberalen Krisenbekämpfer die Wirtschaft durchzusiechen, bis die Einführung neuer Technologien und die Umstrukturierung veralteter Produktionsformen einen neuen Wachstumsschub herbeiführen werden.

(Nebenbei gesagt: Die Freisinnigen rechnen mit dem Durchbruch und sie rechnen auch damit, dass in einem erneuten Wirtschaftsaufschwung wieder mehr Frauen gebraucht werden, deshalb wehren sie sich nicht gegen ein neues Ehrerecht, das die Berufstätigkeit der Frauen nicht behindert...)

Die mit staatlichen Mitteln geförderte Durchbrechstrategie kostet Geld und was auf der einen Seite aus dem Fenster geworfen wird, muss irgendwo wieder eingespart werden.

Jagd auf den Pleitegeier im Staatshaushalt

Für den staatlichen Haushalt halten die Damen und Herren der bürgerlichen Parteien die gleichen Rezepte bereit wie für ihre Unternehmen. Sparen durch Rationalisieren. Das heißt konkret: das Sozialversicherungswesen durchforsten, das Subventionssystem gesundschrumpfen, Kosten abwälzen und vor allem — Arbeitsplätze reduzieren. Der Effekt der Arbeitsplatzpolitik beim Staat war denn auch der gleiche wie in der Privatwirtschaft. Wegrealisiert wurden nicht etwa teure Chefbeamtenposten, sondern Arbeitsplätze von Frauen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen und in der Verwaltung.

Aber nicht nur die Arbeitsplatzpolitik, sondern auch das generelle Spargebot

wirkt sich zu Ungunsten der Frauen aus. Ihre benachteiligte Stellung (AHV, Krankenversicherung, Mutterschutz) kann nicht verbessert werden, weil das nötige Geld fehlt. So werden Frauenforderungen mit dem Hinweis auf die leeren Staatskassen und einem bedauernden Achselzucken in den Wind geschlagen. Doch damit nicht genug.

Konservative Werterestaurierung

Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Krise schreitet eine "Krise der Werte" einher. Sinnverlust, Zukunftsangst, soziale Entwurzelung, politische Resignation und Stimm-Abstinenz sind Symptome dieser ideologischen Krise. Kurz: das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Systems geht zusehends verloren. Oder, in einer anderen Sprachregelung: der Dissens wächst.

Der Raubbau an der Natur, die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, die Vermarktung jeder Lebensäußerung, der Konsumterror, Verstädterung und Verbetonierung produzieren gleichsam am laufenden Band gesellschaftliche Probleme. "Unbeabsichtigte Nebenfolgen" heißt die Bezeichnung für diese Probleme im Sprachgebrauch neokonservativer Gesellschaftsanalyse. Nach neokonservativer Meinung ist das System durchaus in Ordnung, die Nebenfolgen aber gilt es in den Griff zu bekommen, weil sie sonst das System am reibungslosen Funktionieren behindern könnten. Dabei setzte der Neokonservativismus nicht auf staatliche Leistungssteigerung, sondern auf die erneuernde Kraft überkommender, "bewährter" Werte und Strukturen. Gegen die im Gefolge des Wirtschaftswachstums entstandene Vereinzelung hilft nur eines: Restauration des Gemeinschaftssinnes "von unten". Es ist leicht einzusehen, dass dabei die Familie eine zentrale Rolle zu spielen hat. Sie soll denn auch aufgewertet werden. Im Klartext heißt das: den Frauen ihre "angestammte" Rolle wieder schmackhaft machen. Nichts ist schliesslich sinnstiftender und gemeinschaftsfördernder als ein erfülltes, aktives, befriedigendes Familienleben, von einer Frau mit mütterlicher Wärme ausgestaltet. Und für diese Ausgestaltung haben Frauen genügend Zeit und Energie, sofern sie sich nicht auch

in den rauen Existenzkampf des Berufslebens stürzen. Und berufstätig sollen sie nach neokonservativen Vorstellungen nicht sein, sofern sie nicht unbedingt müssen. Und — nicht wahr — es gibt ja noch andere Werte als den hohen Lebensstandard. Hausfrau- und Mutter-Sein ist allemal der schönste Frauenberuf. Wer sich nicht ausgefüllt fühlt, darf gerne zusätzlich eine gemeinnützige, ehrenamtliche Tätigkeit außer Haus ausüben. So kann ein grosser Teil der "unbeabsichtigten Nebenfolgen" auf ganz unbürokratische und für den Staat kostengünstige Weise bewältigt werden. In der Familie geht ja auch alles viel menschlicher zu als in den kalten staatlichen Institutionen, so zum Beispiel Kinderbetreuung, Krankenpflege oder die Versorgung alter Menschen...

Damit die Familie aber auch überleben kann, tritt Papa — wie gehabt — als "Ernährer" auf. Es dürfte mittlerweile klar sein, inwiefern neoliberales Krisenmanagement und neokonservative Werterestaurierung hinter dem Rücken der Frauen ineinander greifen. Womit Frauen bisher im staatlichen Sektor Geld verdienten konnten, das soll in die Familien, die Nachbarschaft, die "kleinen Netze" zurückverlegt werden. Und dort verrichten Frauen dann die gleiche Arbeit, nur eben — gratis. Die Hausfrauen sollen mit diesen neu-alten Aufgaben so belastet werden, dass eine Berufstätigkeit nicht mehr in Frage kommt. Frauen könnten somit den ausgetrockneten Arbeitsmarkt entscheidend entlasten... Die bürgerlichen Schneiderlein erwischen so drei Fliegen auf einen Chlapf: Bewältigung der gesellschaftlichen problematischen Nebenfolgen des Kapitalverwertungsprozesses, Einsparung staatlicher Aufwendungen für soziale Belange, Entlastung des Arbeitsmarktes von "überflüssigen" Arbeitskräften.

Dafür braucht's auch kein neues Ehrerecht. Im Gegenteil — das alte tut's noch lange und passt viel besser zu diesen Vorstellungen.

Aber im Gemüsebeet schweizerischer Politik wachsen ja nicht nur Neoliberalismus und Neokonservatismus. Wie sieht die Lage nun auf der andern Seite des politischen Spektrums aus?

Gewerkschaften und Linke

Gewerkschaften verstehen sich als Interessenvertreterinnen der organisier-

ten Mitglieder. Da Frauen anteilmässig viel weniger gewerkschaftlich organisiert sind, ist auch schon klar, wessen Interessen vertreten werden. Gewerkschaften tendieren dazu, zum Vorteil der Männer, Nachteile für Frauen hinzunehmen. Besitzstandswahrung für die Männer ist ihnen allemal wichtiger als das Engagement für Frauenforderungen. Frauen gelten auch hier als "Zweitverdienerinnen", denn das Menschenbild vieler Gewerkschafter ist nach wie vor der Vollzeit-Arbeitnehmer mit einer Hausfrau im Hintergrund, die ihm die häuslichen Arbeiten abnimmt. So wird denn auch die grundsätzliche Frage der Organisation der gesellschaftlich notwendigen Arbeit nur sehr zögernd aufgenommen. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wurde von den Gewerkschaften erst in der Krise mit einem gewissen Nachdruck aufgenommen und auch dann nur als Konzept gegen die Arbeitslosigkeit, dessen Wirksamkeit mittlerweile höchst umstritten ist. Die Gewerkschaften haben zwar begriffen, dass der Lohnarbeitskuchen immer kleiner wird, aber ihre Aufmerksamkeit bleibt einseitig auf diesen Arbeitsbereich fixiert.

Die Linke als politisches Sprachrohr der ArbeiterInnenbewegung leidet unter ähnlicher "Betriebsblindheit" wie die Gewerkschaften. Zwar bildete die "Vergesellschaftung der Hausarbeit" in der Linken den Programmpunkt, der zur Erlösung der Frauen aus der häuslichen Sklaverei führen sollte, aber man vergaß dabei zu leicht, dass Vergesellschaftung der Hausarbeit nicht ohne ihn stattfinden kann... Heute kommt unter dem Einfluss der Neuen Sozialen Bewegungen (Frauen, Grüne, Alternative etc.) die Diskussion um den Arbeitsbegriff und die Organisation der gesellschaftlich notwendigen Arbeit langsam in Gang. Die Zukunft der Arbeit und die damit verbundenen Gesellschaftsperspektiven sind ein heiss umstrittenes Thema oder ein tunlichst umgangener heißer Brei, je nach Rücksicht auf die WählerInnenchaft. Der Sozialismus als verbindende gesellschaftliche Zielvorstellung jedenfalls gerät je länger je mehr unter den Tisch.

Dafür zu sorgen, dass aus der Realität einer Männergesellschaft heraus die Utopie einer egalitären Menschengesellschaft als Leitmotiv für den politischen Kampf entwickelt wird — das blieb bis anhin (mit wenigen Ausnahmen) die Aufgabe der in der Linken

organisierten Frauen. Um noch einmal das Neue Ehrerecht ins Spiel zu bringen: diesbezüglich ist den Frauen die Durchsetzung ihrer Vorstellungen und Interessen gelungen. Kein Linker kann es sich mehr leisten, die traditionelle Familienorganisation zu befürworten, auch wenn in manchen "linken" Ehen der Alltag nach altem Muster läuft...

Neue soziale Bewegungen im Allgemeinen

"Arbeit ist Verrat am Proletariat", so lautete eine Graffiti der 80er Bewegung. Überspitzt formuliert wird da eine Einstellung zur Arbeit signalisiert, die weit entfernt ist vom Arbeitsethos der bürgerlichen Gesellschaft und der ArbeiterInnenbewegung. Im bunt-alternativen Kuchen wird gearbeitet um zu leben und nicht mehr umgekehrt. Wirtschaftswachstum und Überflussgesellschaft werden abgelehnt und als Alternative wird eine ökologisch angepasste Produktion, Dezentralisation, Rückbesinnung auf die Grenzen menschlicher Kräfte, die Verknüpfung alltäglicher Abläufe in kleinen Netzen gefordert. Ökotopia heisst dieses Paradies und auf dem Weg dorthin versuchen die Gruppierungen bereits heute einen "autonomen" Sektor aufzubauen, einen Bereich also, der dem Kapitalverwertungsprozess und/oder der staatlichen Kontrolle entzogen ist. Sie sei in Form selbstverwalteter Projekte, oder in Form von selbstbestimmten Aktivitäten in einer langen Freizeit, die mensch sich durch Teilzeitarbeit schafft.

Ganz abgesehen von den ökonomischen Problemen in diesem "autonomen" Sektor, stellt sich die Frage, wie autonom er überhaupt ist. Sind es nicht vielmehr Nischen, die das System toleriert, solange es nicht zu viele sind und solange sie weder auffallen noch stören; solange sie sogar dem System gute Dienste leisten, indem sie soziale Probleme "bewirtschaften", denen der schrumpfende Sozialstaat nicht mehr gewachsen ist? Gerade feministische Projekte (Frauenberatung, Frauenhäuser, Kindertagesstätten) beinhalten oft Dienstleistungen, die zu erbringen der Staat sich weigert. In diesen Projekten wird von Frauenhand und -kopf Gratisarbeit im Dienste des Gemeinwohls geleistet, wie dies neokonservative Programme nicht schöner vorschlagen könnten. Autonomie ist

ein Verhältnisbegriff, der nur denkbar ist in einer Gesellschaft, die von Herrschaftsverhältnissen geprägt ist. Autonomie kann demnach lediglich ein Etappenziel sein, letztendlich geht es aber um die Auflösung der Herrschaftsverhältnisse selbst. Sich das ständig vor Augen halten zu müssen, ist zugegebenermassen beschwerlich — es aus den Augen zu verlieren, führt meines Erachtens zu schwerwiegenden Fehlern. Die da wären:

1. Die Verabsolutierung individueller Lösungsmuster. (Wenn Teilzeitarbeitende ihre Liebe zur häuslichen Produktion entdecken, so sollen sie sich darob freuen, mögen sich aber hüten, daraus ein allgemeinverbindliches Loblied auf den Selbstverwirklichungswert der Hausarbeit zu kreieren.)

2. Der Rückzug auf das alternative Inselreich. (Solange sich die Arbeit in den Projekten auf sich selbst beschränkt, die MitarbeiterInnen von dieser Arbeit völlig vereinnahmt werden und mangels Zeit und Kraft vom "alternativen Gedankengut" nichts mehr nach aussen dringt, verkommen die Projekte zu reinen Dienstleistungen am Kunden und verlieren ihre ursprünglich politisch gedachte Wirkung.)

3. Der Verlust der politischen Perspektiven. (Wer abflippt auf der individuellen Lösung seiner Probleme, wer nach dem Rückzug in die "Nische" die Tür hinter sich zumacht, läuft Gefahr, die politischen und das heisst immer die gesellschaftlichen Perspektiven zu verlieren. Wenn aber die Zustände "draussen", die Zusammenhänge im Ganzen und die Herrschaftsverhältnisse kein Thema mehr sind, dann versanden die Bewegungen in der Bürgerinitiative und in der Projektitis zur gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit.)

Frauenbewegung im Speziellen

Die Frauenbewegung hat in den letzten 15 Jahren einiges geleistet und auch einige beachtliche Erfolge errungen. Das Frauenstimmrecht wurde durchgesetzt und die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsmässig verankert. Die Frauenforschung hat das Wissen um die Hintergründe und Ursachen der Benachteiligung der Frauen erweitert und gefestigt.

Die Neue Frauenbewegung hat dabei viel zur Bewusstseinsförderung der "Frauenfrage" in einer breiten Öffentlichkeit beigetragen. Die Voraussetzungen zur Entwicklung einer feministischen Gesellschaftspolitik, zur Entwicklung einer feministischen Strategie zwecks Gesellschaftsveränderung und zum Aufbau einer entsprechenden Praxis sind damit eigentlich gegeben.

Aber: Die oben erwähnten Fehler haben auch für die Neue Frauenbewegung Geltung. Viele ehemalige Kämpferinnen haben sich zurückgezogen auf ihr individuelles Arrangement. Allein oder mit andern Personen lebend verwirklichen sie sich primär selbst und glauben nicht mehr an die politische, organisierte Veränderbarkeit der Situation der Frauen in unserer Gesellschaft. Andere arbeiten in Frauenprojekten oder in beruflichen Positionen, wo sie versuchen, ihr feministisches Gedankengut direkt und unmittelbar in ihre Arbeit einfließen zu lassen. Zeit und Kraft für ein "zusätzliches" politisches Engagement fehlen nur zu oft. Ermüdung macht sich breit und ein Generationenkonflikt zwischen "alten" und "neuen" Frauen mit unterschiedlichen Bedürfnissen wird im Alltag feministischer Organisation erkennbar.

Die Situation gibt mir zu denken, denn: Gegenüber dem Versuch neoliberaler bis konservativster Kräfte, die Erfolge weiblicher Emanzipation aufzuhalten oder gar zurückzudrängen, hat die Frauenbewegung Stärke bitter nötig. Die Abstimmung über das Neue Eherecht ist dabei nur ein — allerdings nicht zu unterschätzender — Anfang. Andererseits glaube ich, dass die Frauenbewegung gegenüber der programmatischen Verunsicherung im linken Lager und im grün-alternativen Spektrum eine grosse Chance hat. Beides — Stärke zu zeigen und die gebotene Chance zu nutzen — bedingt, dass in der Frauenbewegung klare Vorstellungen über eine anzustrebende Gesellschaft und über eine Strategie zur Veränderung der bestehenden Gesellschaft in Richtung auf diese Utopie vorhanden sind.

Meiner Meinung nach ist die Denk-Pause, die sich die OFRA am Basler Kongress im Juni verordnet hat, DIE Gelegenheit solche Vorstellungen zu entwickeln. Packen wir die Gelegenheit beim Schopf!

PS: Der zentrale Punkt dieses Denkprozesses und der sich darum herum spinnenden Diskussionen muss meines Erachtens die Organisation der gesellschaftlich notwendigen Arbeit sein.

Silvia Grossenbacher

Guter Rat — Weiberrat

Seit einem halben Jahr, seit Februar, gibt es in Zürich einen Weiberrat. Jeden ersten Mittwoch im Monat treffen sich am Abend Frauen im Kanzleischulhaus zur offenen Diskussionsrunde. In Bern soll im September ebenfalls ein Weiberrat gegründet werden. Ist die Weiberrat-Idee ein neuer Fixpunkt am Frauenhimmel? Wird die Weiberrat-Idee um sich greifen und weshalb scheinen die bestehenden Frauengruppen nicht mehr zu genügen? Frauen sind in unterschiedlichen Bereichen politisch tätig: Frauen arbeiten in Frauenprojekten, Frauen sind in Bauchgruppen, sie sind aber auch in Organisationen, in Parteien oder in Gewerkschaften. Frauenpolitik hat viele Adressaten. Es gibt innerhalb der Frauenbewegung viele Bewegungs- und Organisationsformen, die Frauenbewegung ist keine einheitliche Bewegung. Die Idee des Weiberrates ist, bestehende Frauenpolitiken zu vernetzen, zu verknüpfen. Weiberräte sollen nicht die bestehenden Frauenformen vereinheitlichen. Die deutschen Erfinderinnen des Weiberrats, Frauen des Sozialistischen Frauenbundes, gehen davon aus, dass mit der Herstellung von Einheit "Nebensächlichkeiten" an den Rand gedrückt werden. Einheit hat für sie den Preis der Vernachlässigung von "Nebensächlichkeiten". Durch die Vielgestaltigkeit der Frauenbewegung fehlt ihr aber die Stärke. Die einzelnen Gruppen arbeiten je für sich, zum Teil nur für sich. Auseinandersetzungen, etwa um politisches Vorgehen oder um Positionen finden nicht mehr statt, und dem ist nicht erst seit der Kampagne gegen die Initiative Recht auf Leben so. Die Weiberrat-Idee versucht dem abzuhelfen. Die bestehenden Frauenstrukturen sollen verbunden werden. Autonom Organisierte und Einzelfrauen sollen sich regional und international zusammenschliessen. Das bedeutet nicht das Aufgeben der bisherigen Arbeiten. Das bedeutet auch nicht eine blosse Koordination des Bestehenden. Ziel ist vielmehr eine neue Ausrichtung. Auf verschiedenen Gebieten ist die Frauenunterdrückung aufgezeigt wor-

den. Die politische Umsetzung dieser Erkenntnisse fehlt jedoch. Die Frauen vom Sozialistischen Frauenbund finden, dass die grosse Politik trotz dieser Erkenntnisse stattfindet. Die Aufrichterung an die Frauen ist deshalb, diese Erkenntnisse in die gesellschaftlichen Machtphasen zu tragen. Frauen sollen dort Einfluss nehmen. Im Weiberrat in Zürich wird zur Zeit diese Frage diskutiert. Eine Frau hat den Vorschlag gemacht, an den Stadtratswahlen teilzunehmen. Für diese Frau ist klar, dass Frauen aus dem Weiberrat anders Politik machen würden und schon dies alleine sei ein Anfang. Die Frage ist noch nicht geklärt. Es ist hitzig darüber diskutiert worden.



Diskussionen in einer Gruppe von etwa 70 Frauen verlaufen breitgefächert und dauern lange. Eine Konsensfindung ist schwierig. Unterschiedliche Erfahrungen prägen die Argumentationsweisen. Aber eine Auseinandersetzung, und dies in einer Atmosphäre von Toleranz, findet statt. Eine Zusammenarbeit ist gewünscht. Was sich daraus entwickelt, wird sich zeigen.

Rita Karli